

Sozialdemokratischer Pressediens

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Haussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 120408
Telefon: (02 28) 21 9038/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

Günter Verheugen MdB verurteilt die Hinrichtung von drei ANC-Mitgliedern in Südafrika: Das tödliche Exempel wird die Gewalt eskalieren.

Seite 1

Brigitte Traupe MdB, Mitglied des Haushaltsausschusses des Bundestages, kritisiert die Etat-Politik der Hardthöhe: Einsparungen möglich.

Seite 2

Michael Müller MdB protestiert gegen die US-Einmischung in Zentralamerika: Solidarität mit Nicaragua.

Seite 3

Karl Weinhofer MdB setzt sich mit rechtsklerikalen Kommentierungen des Friedenswortes der deutschen Bischöfe auseinander: Manipulation.

Seite 4

38. Jahrgang / 108

9. Juni 1983

Pretoria hat ein tödliches Exempel statuiert

Die Hinrichtung der drei ANC-Mitglieder eskaliert die Gewalt

Von Günter Verheugen MdB

Alle Proteste waren vergeblich: Die Südafrikanische Regierung wollte ein Exempel statuieren. Die Hinrichtung von drei Mitgliedern des African National Congress (ANC) markiert eine weitere Stufe der Eskalation der Gewalt in Südafrika. Die Hoffnung auf eine friedliche Beilegung der Konflikte wird immer geringer. Nach dem Bombenanschlag von Pretoria, nach dem südafrikanischen Vergeltungsschlag auf Maputo und nach der Uneinsichtigkeit und Selbstgerechtigkeit der südafrikanischen Machthaber, die das Todesurteil vollstrecken ließen, muß man befürchten, daß die weitere Entwicklung in Südafrika von einem wachsenden Extremismus auf beiden Seiten bestimmt werden wird.

Wer weiteres Blutvergießen in Südafrika verhindern will, muß nach Wegen suchen, wie die Ursache des Konflikts beigelegt werden kann. Diese ist das unmenschliche System der Rassentrennung. Aus dem sicheren Port läßt sich immer gemächlich raten: Appelle zur Gewaltlosigkeit, die an die schwarze Bevölkerungsmehrheit gerichtet werden, wirken eher zynisch, weil die Rassentrennung doch ebenfalls mit Gewalt aufrechterhalten wird.

Die Explosion der Gewalt in Südafrika mag auch damit zu tun haben, daß die Führer des schwarzen Widerstandes den Glauben an wirksame Unterstützung durch den Westen verloren haben. Lippenbekenntnisse für die Menschenrechte in Südafrika reichen nicht mehr aus. Die Bundesrepublik und die Europäische Gemeinschaft haben Grund sich ernsthaft zu prüfen, ob sie Südafrika durch ihr Verhalten nicht auch Veranlassung gegeben haben zu glauben, am Ende sei es für die westlichen Demokratien doch interessanter, gute Geschäfte machen zu können als einen Beitrag zur Verwirklichung der Menschenrechte für die Angehörigen aller Rassen zu leisten.

(-/9.6.1983/ks/rs)

+ + +



Wie wird der Verteidigungsetat '84 aussehen?

**Angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten hätte die Bundesregierung
Einsparungsmöglichkeiten prüfen sollen**

Von Brigitte Traupe MdB

Mitglied des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages
Berichterstatterin für den Einzelplan 14 (Verteidigungsetat)

Nicht ohne Grund schweigen sich der Bundesverteidigungsminister Dr. Wörner und der Bundesfinanzminister Dr. Stoltenberg über das künftige Volumen des Einzelplanes 14 aus. Während die Bundesregierung nicht müde wird, Einsparungen im sozialen Bereich und bei den öffentlich Bediensteten zu planen und zu fordern, um das künftige Haushaltsdefizit einzugrenzen, warten interessierte Zeitgenossen vergebens auf Pläne, auch im Rüstungsbereich noch mehr Sparsamkeit zu üben. Im Gegenteil. Nach Abschluß der zweitägigen Beratungen der NATO-Verteidigungsminister verkündigten der US-Verteidigungsminister Weinberger und der NATO-Generalsekretär Luns auf der Pressekonferenz in Brüssel, die Minister hätten noch einmal die seit 1978 gültige Formel bekräftigt, wonach die Bündnispartner generell eine jährliche reale Steigerung der Verteidigungsausgaben von rund drei Prozent anstreben sollten.

Außerdem erhöhten die Minister die finanzielle Obergrenze des derzeit laufenden Fünfjahresinfrastrukturprogrammes für die Jahre 1980 bis 1984, um angeblich "dringenden" Bedarf zu decken. Der zusätzlich freigegebene Betrag soll sich auf rund 450 Millionen Dollar belaufen! Würde dies realisiert, so müßte die Bundesrepublik Deutschland für 1983 und 1984 ein gutes Viertel dieses Betrages aufbringen, nämlich 177 Millionen Dollar! Knapp 300 Millionen DM wären dies nach dem jetzigen Stand der Währungsrelation zwischen Dollar und DM!

Von einem heftigen Protest des Bundesministers Dr. Wörner gegen diese Aufstockung hat man in der Öffentlichkeit nichts gehört. Auch keine Ablehnung durch den Finanzminister Dr. Stoltenberg!

Wer sich intensiver mit der Struktur unseres Verteidigungsetats beschäftigt hat, kann bestätigen, daß eine Bundesregierung sehr wohl Einsparungsmöglichkeiten finden würde.

Angesichts der aktuellen Lage, daß die Konjunktur eben nicht so erfolgreich verläuft, wie es CDU/CSU und FDP vor der Wahl behaupteten, angesichts steigender Arbeitslosenzahlen und fehlender betrieblicher Ausbildungsplätze im Herbst, hätte es einer Bundesregierung gut angestanden, Einsparungsmöglichkeiten im Rüstungsbereich zu prüfen und keineswegs international einer Steigerung dieser Kosten zuzustimmen.

Es gab einmal einen Bundesfinanzminister Franz Josef Strauß, der 1967 und 1968 den Mut aufbrachte, in einer vergleichsweise weniger schwierigen Lage an den Verteidigungsetat strengere Maßstäbe anzulegen und ihn auch zu kürzen.

Wer nun nicht den Mut aufbringt, in die Dynamik der Rüstungsausgaben einzugreifen, dem wird es nur auf Kosten der Jugendlichen, Arbeitnehmer, Arbeitslosen, Frauen und Rentner gelingen, die öffentlichen Ausgaben zu begrenzen.

Klärende Worte der Bundesregierung und vor allem des zuständigen Bundesministers wären hier notwendig.

In den nächsten Tagen werden wir erleben, wie ernst es diese Bundesregierung mit der Sanierung der Staatsfinanzen meint. Die Entwicklung des Verteidigungsetats wird Signalwirkung haben.
(-/9.6.1983/ks/rs)

+ + +



Solidarität

Nicaragua darf nicht allein gelassen werden

Von Michael Müller MdB

Die Mittelamerikapolitik der USA wird immer mehr zu einem Prüfstein für die Lernfähigkeit der amerikanischen Außenpolitik nach Vietnam. Die massive Einmischung der CIA und die wachsende direkte und indirekte Unterstützung der "Contras", wie die Somoza-Anhänger und Konterrevolutionäre in Nicaragua genannt werden, haben die kriegerische Auseinandersetzung in Mittelamerika weiter zugespitzt und die Administration Reagans tief in den Konflikt verwickelt. Diese Politik, die in den USA selbst heftig umstritten ist, steht in der Kontinuität einer unrühmlichen Mittelamerikapolitik, die diese Region als "Hinterhof" (Roosevelt), Interessengebiet des US-Kapitals (Taft) und heute als "Vorgarten der USA" sieht. Diese Haltung hat in der Geschichte Nicaraguas Diktatur, soziale Verelendung und Ausplünderung über dieses Land gebracht.

Die Sandinisten versuchen dagegen, überfällige Reformen durchzusetzen und den sozialen und unabhängigen Weg von Augusto Cesar Sandino fortzusetzen, der 1933 mit Unterstützung der USA von Oberst Somoza ermordet worden war. Es ist verlogen, die Sandinisten zum angeblichen Statthalter Moskaus zu machen, und damit die "Notwendigkeit" eines Umsturzes zu begründen. Es geht vielmehr darum, ob ein jahrzehntelang ausgeplündertes und unterdrücktes Volk das Recht auf eigenständige politische und soziale Reformen hat. Deshalb darf Nicaragua auch nicht, wie es Präsident Reagan aber tut, zu einem Ost-West-Konflikt hochstilisiert werden, bei dem es sich um die Sicherung der Freien Welt handeln würde. Eine solche Politik kann nur zu einem Vertrauensverlust in der Dritten Welt führen.

In der Bundesrepublik gibt es inzwischen - insbesondere im kirchlichen und gewerkschaftlichen Raum - eine Vielzahl von Unterstützungsmaßnahmen für Nicaragua. Besonders die kirchlichen und gewerkschaftlichen Dritte-Welt-Gruppen haben kein Verständnis für die reaktionäre Haltung der Bundesregierung, die Fortführung der Entwicklungshilfe für Nicaragua an die Wiederaufnahme der Hilfe für El Salvador zu binden. Dieses Junktim bedeutet die Anerkennung eines Regimes, das in diesem Jahr bereits für die Ermordung von rund 2.000 Regime-Gegnern verantwortlich ist. Eine solche Politik fördert objektiv die "Chilenisierung" Lateinamerikas und verletzt das Recht nach sozialer und demokratischer Emanzipation dieser Völker.

Der nicht erklärte Krieg gegen Nicaragua verlangt nach Einmischung. Auch die Europäer dürfen nicht schweigen, wenn im US-amerikanischen Einflußbereich großes Unrecht geschieht. Die demonstrative Reise von Hans-Jürgen Wischnewski nach Mittelamerika war deshalb wichtig. Im Interesse der Glaubwürdigkeit muß die Politik der USA kritisiert und eine regionale Beilegung des Konflikts unterstützt werden, wie dies beispielsweise die "Cantadora-Initiative" vorsieht.

Nicaragua darf nicht allein gelassen werden. Die wachsende Zahl an Entwicklungs- und Hilfsprojekten privater Träger muß unterstützt werden, wie zum Beispiel die von Grass, Alt und anderen geförderte Werkstatt "Julius Leber", oder das Pflastersteinprogramm, die Bildungsmaßnahmen evangelischer Gruppen und das Hilfsprojekt der IG Metall-Jugend.
(-/9.6.1983/vo-he/rs)

+

+

+



Manipulation
-----Anmerkungen zu einer "bayerischen" Kommentierung der Friedenserklärung
der deutschen katholischen Bischöfe

Von Karl Weinhofer MdB

Es gibt ein beliebtes Klischee, das bei allen passenden und unpassenden Gelegenheiten strapaziert wird: In Bayern gehen die Uhren halt anders. Falsch eben, meint so mancher damit. Doch es werden auch immer wieder Anlässe gegeben, daß dieses Klischee neue Bestätigung erfährt. Ein solcher ist auch in der "typisch bayerischen" Behandlung des Friedenspapiers der deutschen katholischen Bischöfe zu sehen.

Während nämlich die unterschiedlichsten Kirchenzeitungen des Bundesgebiets vor allem darum bemüht sind, eine sachliche Information über den Inhalt des Friedenspapiers zu vermitteln und sich darum sorgen, daß die verschiedensten politischen Kräfte die Bischofsäußerungen vor ihren Karren spannen, findet im "Regensburger Bistumsblatt" eine doch sehr waghalsige und einseitige Uminterpretation statt. Dem Kommentator, Herrn Dr. Wurstbauer, soll zwar sicherlich nicht das Recht einer eigenen Meinung zu dem Bischofspapier bestritten werden sowie das Recht, hiervon abweichende Inhalte des Friedenspapiers anzugreifen und zu kritisieren. Er aber macht es sich reichlich einfach: Der Inhalt des Papiers wird so zurechtgebogen, bis er in sein Konzept paßt.

Bereits die Beurteilung, welchen Stellenwert das Dokument hinsichtlich einer konkreten Handlungsanleitung für alle Christen hat, Politiker eingeschlossen, ist bei Herrn Dr. Wurstbauer eine völlig andere, als in allen anderen Kommentierungen. Der Bund der Deutschen Katholischen Jugend stellt heraus, daß die Erklärung fordere, "daß die Worte des Friedens durch Taten bekräftigt werden müssen". Der Speyerer "Dom" referiert die von den Bischöfen den Christen zugewiesenen Aufgabenfelder: unter anderem eine umfassende Erziehung zum Frieden und öffentliche Gewissens- und Bewußtseinsbildung in Fragen des Friedens und der Menschenrechte. Nach Ansicht des SPD-Fraktionsvorsitzenden Vogel haben die Bischöfe "Maßstäbe für politisches Handeln aufgestellt".

Von all dem findet sich bei Dr. Wurstbauer nichts. Ganz im Gegenteil. Er biegt sich das Dokument zu einer solchen nichtssagenden Allgemeinheit zurecht, daß er zu dem schon unglaublichen Schluß kommen kann: "Damit ist den Sicherheitspolitikern freie Hand gelassen, nach Sachkunde und gewissenhafter Verantwortung etwa über die Frage des atomaren Erstschlags zu urteilen." Da werden sich die Strategen des gewinnbaren Atomkriegs freuen. Damit hätten sie auch dafür die Absolution. Bedenkenlos setzt sich der Schreiber hier über die im Friedenspapier dargelegten Zweifel an der Abschreckungspolitik hinweg, und unterschiebt ihm sogar die Rechtfertigung für einen atomaren Erstschlag!

Aber damit nicht genug. Ein besonderes Dorn im Auge sind ihm die amerikanischen Bischöfe mit ihrer Friedenserklärung. Deren Unvereinbarkeit mit der Aufrüstungspolitik der Reagan-Administration war nun zu offensichtlich. So durchzieht denn den gesamten Kommentar des Herrn Dr. Wurstbauer der Versuch, Gegensätze zwischen den Erklärungen der deutschen und der amerikanischen Bischöfe zu konstruieren.

Auch hier schert ihn die Wahrheit und das Selbstverständnis der deutschen Bischöfe wenig. Dabei hätte auch er wissen können, was am Tage des Erscheinens seines Kommen-



tars im Speyerer "Dom" wiedergegeben wurde: "In seinen Ausführungen zum deutschen Friedensdokument hob Kardinal Höffner vor der Presse die bestehenden Gemeinsamkeiten mit dem Entwurf der Amerikanischen Bischofskonferenz hervor. In beiden Stellungnahmen gehe es darum, 'den Nuklearkrieg zu verhindern und die Grundwerte zu schützen und zu bewahren'." Zu gleichen Schlüssen gelangt der Osnabrücker "Kirchenbote" im Vergleich der ethischen Beurteilungen nuklearer Abschreckung: "Die deutschen Bischöfe stimmen hinsichtlich dieser Kriterien ... völlig mit den Bischöfen der USA in deren Hirtenbriefentwurf überein."

Daß Herr Dr. Wurstbauer über ein Friedensdokument schreibt, merkt man erst bei zweimaligem Hinschauen. Seine Sprache bewegt sich eher in den Kategorien des Kalten Krieges: "geographische Nähe der Gefahrgrenze, der Bedrohungslinie, der Todeszone", "Moskau greift nur dort nicht an, wo es keine Chance auf Erfolg sieht", "Bei wessen Grenzkontrollen sterben laufend Menschen?", und so weiter und so weiter. Er malt das apokalyptische Bild des friedlichen Westens und des bedrohlichen russischen Bären im Osten. Eine solche vereinfachende, schwarz-weiß gemalte Weltansicht, die er der Bischofserklärung unterschieben möchte, findet sich darin aber nicht. Da ist die "Frankfurter Allgemeine" schon korrekter, wenn sie zunächst eine "Äquidistanz (gleiche Distanz) zu den Großmächten" feststellt und sie dann kritisiert. Herr Dr. Wurstbauer hingegen möchte sich lieber - statt korrekt wiederzugeben und dann zu kritisieren - mit seinen "Argumenten" hinter der Autorität der Bischöfe verstecken. Von fairem Journalismus ist da keine Spur. Dem unbefangenen Leser wird ein Bild vermittelt, das zwar wenig mit dem Inhalt des Bischofspapiers, dafür aber viel mit der politischen Privatmeinung des Herrn Dr. Wurstbauer zu tun hat.

Aber es kommt noch schlimmer. Trotz wiederholter Warnungen in den verschiedensten Kirchenzeitungen, den Text nicht "verkürzt politisch auszuschlachten" (so unter anderem "Kirchenzeitung" Hildesheim, wagt Herr Dr. Wurstbauer sogar den doppelten Rittberger: Er funktioniert dieses Friedenspapier schlichtweg in eine Rechtfertigungserklärung für die Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen um. Hören wir ihn selbst: "Pershing-2-Raketen und Cruise Missiles kommen im deutschen Papier zwar nicht vor, aber unsere Bischöfe wissen, daß wir noch länger, als wir vielleicht glauben, das Nichtgeschossenwerden (!?) in Europa eben diesem amerikanischen militärischen Schirm verdanken."

Fassen wir's ein bißchen einfacher: Die Bischöfe hätten gar nichts zu erklären brauchen. Herr Dr. Wurstbauer weiß schon, was die Bischöfe wissen und meinen, auch wenn sie es so nie erklärt haben. Die Aufrüstung muß halt sein, und zwar mit kirchlichem Segen, auch wenn man ihn herbeimanipuliert.

Wen wird es da noch wundern, wenn das Fazit, das Herr Dr. Wurstbauer zieht, eher einer Erklärung des Herrn Weinberger zum letzten NATO-Manöver entstammen könnte, denn einer Kommentierung der bischöflichen Friedenserklärung in einer deutschen Kirchenzeitung. Lassen wir ihn also zum Schluß noch einmal selbst zu Wort kommen, der Satz spricht in seiner Einseitigkeit für sich selbst: "Fazit: Abrüstung ohne Sicherheit gefährdet heute den Frieden; Abschreckung ist heute Kriegsverhütung."

(-/9.6.1983/ks/rs)

+ + +



An die
Bezieher des
SPD-Pressedienstes

Sehr geehrte Damen und Herren,

neben dem SPD-Pressedienst erscheinen in der SPD-Pressedienst GmbH die sechs folgenden Presse- und Informationsdienste, die wir Ihrer Aufmerksamkeit empfehlen. Wir würden uns freuen, wenn Sie sich zum regelmäßigen Bezug der für Sie interessantesten Dienste entschließen könnten. Schicken Sie uns bitte den nachfolgenden Bestellschein ausgefüllt zurück.

Mit freundlichen Grüßen
SPD-Pressedienst GmbH

Helmut G. Schmidt
- Geschäftsführer -

.....
Ich bestelle zur Lieferung ab.....



Spezialinformation für Wirtschafts- und Sozialpolitik. Der Dienst für das Betriebsratsbüro ebenso wie für die Chefetage und für Selbständige. Dienstag und Donnerstag. DM 45,-- monatl. zuzügl. Porto und MWSt.



Sozialdemokratische Europa-Politik in Brüssel und Straßburg, aber auch in Bonn und den Ländern. Nachrichten und Stellungnahmen, Hintergründe und Zusammenhänge. Erscheint wöchentlich. DM 25,-- monatl. plus Porto.



Fünfmal in der Woche Nachrichten, Kommentare, Interviews, Termine, Personalien. Ein umfassendes Informationsangebot über SPD-Politik in Bund und Ländern. DM 70,-- monatl. zuzügl. Porto und MWSt.



Nicht zum Abdruck, nur zur Information. Hintergründe der deutschen und internationalen Politik in Ost und West. Für alle, die mehr wissen wollen. Dreimal wöchentlich. DM 45,-- monatl. zuzügl. Porto und MWSt.



Medienpolitik wird zu einem der wichtigsten Felder der Gesellschaftspolitik. Die SPD wehrt sich gegen totales Fernsehen, Bevormundung des Rundfunks, Einseitigkeit in Verlagen. Erscheint 14täglich. DM 30,-- im Quartal.



Politik vor Ort wird wichtiger. Die SPD kümmert sich wieder mehr um die Kommunen. Eine Ideenbörse für Entscheidungsträger in Rat und Verwaltung. Erscheint wöchentlich. DM 25,-- mtl. zuzügl. Porto und MWSt.

Name:

Straße:, den

(PLZ) Ort:

Unterschrift:

Demokratische Gemeinde. Wir stellen vor.

Wie wir morgen leben, entscheidet sich vor Ort. Immer mehr wichtige Entscheidungen fallen vor der eigenen Tür. In unseren Städten, Gemeinden und Kreisen. Betroffen ist jeder. So oder so. Deshalb jetzt die Zeitschrift abonnieren, die sich auf kommunale Politik spezialisiert hat: *Demokratische Gemeinde*, das Fachorgan der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik in der Bundesrepublik Deutschland e. V. Die *Demokratische Gemeinde* sollte man jeden Monat lesen. Darum jetzt gleich den Bestellschein für das günstige Abonnement zum Kennenlernen in den Briefkasten. *Demokratische Gemeinde: Für die Praxis. Vor Ort.*

Bestellschein

Mit diesem Bestellschein sichern Sie sich umfassende Information. Denn die *Demokratische Gemeinde* ist die kommunalpolitische Fachzeitschrift.

Wenn Sie jetzt bestellen, sparen Sie im ersten Vierteljahr 30% des Bezugspreises – das heißt im Monat zahlen Sie nur 4,90 statt 7 Mark. Nach dem ersten Vierteljahr beginnt die Berechnung zu Normalbedingungen. Und dann gibt's dabei noch ein Geschenk. Suchen Sie aus. Kreuzen Sie an:

- Lexikon für Gemeindevertreter:
Kommunales Haushaltsrecht
- Lieder und Musik aus dem Ruhrgebiet
Aus der Tradition der Arbeiterbewegung. Langspielplatte.

Ja, ich bestelle die *Demokratische Gemeinde*.

Name, Vorname _____

Anschrift _____

Datum, Unterschrift _____

Ich bin berechtigt, innerhalb einer Woche die Bestellung gegenüber dem Verlag zu widerrufen. Die Frist ist durch rechtzeitige Absendung gewahrt.

An: *Demokratische Gemeinde*,
Postfach 200910, 5300 Bonn 2